

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm., 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich 30 Mk. 15 Pf. Alle Bestellungen müßen mit Bezeichnung der Wohnung oder des Geschäftslokals versehen werden. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingeschalteter Beiträge erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die Schriftgröße Raumzeitung 20 Goldpfennig, die Schriftgröße Zeitungsbeilage 20 Goldpfennig, die Schriftgröße Reklamezeitung im regelmäßigen Zeite 100 Goldpfennig. Nachdruckgebühren 20 Goldpfennig. Verteilung und Platzverhältnisse bedürftig. Anzeigen für die Nachtzeit des Tages ab 11 Uhr durch Fernruf übermitteln Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Kabotageanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Nr. 264 83. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“

Wilsdruff-Dresden

Verlagsort: Dresden 2610

Dienstag, 11. November 1924

Krise in Oesterreich.

Infolge des ausgebrochenen Eisenbahnerstreiks hat das Kabinett Dr. Seipel in Oesterreich seinen Rücktritt eingereicht. Entlassungen führt das Kabinett die Geschäfte weiter.

Zu der so plötzlich ausgebrochenen Regierungskrise in Oesterreich wurde uns zum Wochenanfang geschrieben: Es ist nicht das erste Mal, daß der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel vor der Demission steht, aus dem gleichen Grunde wie jetzt. Die Eisenbahner haben von der österreichischen Regierung eine Gehaltserhöhung verlangt, dazu noch einen einmaligen Zuschuß von 10 Milliarden Kronen. Das sind in deutsches Geld umgerechnet 600 000 Mark, aber der österreichische Staat ist finanziell umschifft und gefesselt durch die Aussicht des Generalagenten des Völkerbundes.

Immer und immer wieder kamen, seitdem das österreichische Sanierungswerk begonnen hatte, die Vertreter dieser und jener Beamtenkategorie, oder der Staatsarbeiter zum Bundeskanzler und baten oder forderten auf Verbesserung ihrer Bezüge. In den meisten Fällen hatten sie wohl Veranlassung genug dazu; denn genau wie bei uns hat das Ausbrennen der Inflation, also der Abdröselung jeder zusätzlichen Kaufkraft, die nur in dem Notennudruck ihren Ursprung hat, schwere wirtschaftliche Spannungen und ein Herunterschrauben der Lebenshaltung mit sich gebracht, die wir nach Einführung der Rentenmark ja genügend über uns ergehen lassen mußten. Durchgeführt wurde die Sanierung unter der harten manchmal wohl übertriebenen rücksichtslosen Faust des Generalagenten Zimmermann, der bis in die einzelnen Bureaus hinunterstieg, um festzustellen, ob und wieviel Beamte der Staat bei schärfster Ausnutzung jeder Person noch nötig habe. Das österreichische Budget bedarf der Genehmigung des Generalagenten und er hat dieses Budget gründlich durchgearbeitet und dabei die Ausgabenposten derartig beschnitten, daß Dr. Seipel die weitere Fortführung der Staatsgeschäfte für unmöglich erklärte. Es kam zu einem derart heftigen Konflikt zwischen ihm und Zimmermann, daß sie überhaupt nur noch schriftlich miteinander verkehrten. Seipel ging dann zur Offensive über, beschwerte sich beim Völkerbund, fuhr zur letzten Tagung nach Genf und hat es dort erreicht, daß die Völkerbunderversammlung eine ganze Reihe jener Absätze gemildert oder ganz zurückgenommen hat.

Aber im Rahmen dieses Budgets muß Dr. Seipel bleiben und den Deputationen hat er immer wieder erwidern müssen, daß er jede Gehaltserhöhung ablehnen müsse, weil an eine Änderung bezw. Erhöhung des Budgets gar nicht zu denken sei, so sehr er die Notlage der betreffenden Beamten auch anerkennen müsse. Mag sein, daß die Eisenbahner jetzt zu ihrer Forderung eine besondere Veranlassung haben, da auch in Oesterreich die Preise in dauerndem Steigen sind. Aber Dr. Seipel kann nicht nachgeben, darf nicht nachgeben. Auch durch den Streik der Eisenbahner will er sich nicht zu einer Nachgiebigkeit zwingen lassen, die nur der Anfang einer Reihe von gleichartigen Forderungen auch in den anderen Beamtenkategorien sein würde. Damit käme in das österreichische Budget ein Loch, das sich dann ständig erweitern und damit den Haushalt aus dem mühsam hergestellten Gleichgewicht bringen würde. Auf diesem Gleichgewicht aber beruht die Stabilisierung der österreichischen Währung; von jeder Nachgiebigkeit muß Dr. Seipel auch eine Erschütterung der Währungsstabilisierung befürchten und er ist deswegen nicht gewillt, die Verantwortung für die schweren Folgen einer neuen Inflation auf sich zu nehmen. Der Präsident der Bundesbahnen hatte ebenfalls seine Demission gegeben und das Kabinett tat den gleichen Schritt.

Vielleicht ist es nur eine Geste, eine Drohung und daher noch nicht an der Zeit, dem Bundeskanzler einen Nachruf zu widmen. Aber es ist eine Drohung sehr gewichtiger Art; denn Dr. Seipels große, ausschlaggebende Verdienste nicht nur um die Sanierung Oesterreichs, sondern auch um die Herstellung eines guten Verhältnisses namentlich handelspolitischer Art mit den Nachbarstaaten geben dieser Drohung das schwere Gewicht, dem gegenüber vielleicht nach der Eisenbahnerstreik nicht wirksam genug sein wird. Die Mehrheit des Volkes wird sich wahrscheinlich hinter den Bundeskanzler stellen, um mit dem Mann das Werk zu retten. Besonders deswegen, weil ganz Oesterreich weiß, daß Seipel jene Summe von 10 Milliarden Kronen bewilligen würde, wenn er dazu in der Lage wäre. Gewiß stehen wir Dr. Seipel, der in seinem Herzen überaus schwarz-gelb ist und von der Idee eines Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich nicht das geringste wissen will, ziemlich feind gegenüber, aber, wie eben gesagt, das Werk der Sanierung Oesterreichs ist ein Verdienst und das Werk würde zusammenbrechen, wenn der Mann, der es geschaffen hat und erhält, gehen würde. Nicht Seipels wegen, sondern um unserer deutschen Brüder willen.

Wirkungen des Streiks.

Der Eisenbahnerstreik ist im Laufe des Sonnabends mit dem Eintreffen der letzten Personenzüge zu voller Auswirkung gekommen. Es verkehren nur noch Lebensmittel- und Arbeiter-

Das Endergebnis der Landtagswahlen in Anhalt.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Dessau, 9. November. Das Endergebnis der Wahlen in Dessau lautet: Sozialdemokraten 78 449 (64 935) 15 Abgeordnete (13); Demokraten 13 991 (6181) 3 Abgeordnete (1) Kommunisten 11 217 (165709) 2 Abgeordnete (4); Zentrum 2406 (2000) — (—); Nationalsozialisten 7942 (7989) 1 (2); Bodenreformer und Mieterpartei 3207 (3005) 1 (1); Bürgerliche Volksgemeinschaft 74 482 (74 514) 14 (15).

Revolutionäre Bewegung in Spanien.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 9. November. Fünzig spanische Revolutionäre, die gestern nachmittag in San Juan de Luz angekommen waren und die Grenze überschritten hatten, wurden in Vera von zwei Soldaten der Garnison aufgehalten. Ohne eine Erklärung abzugeben, haben die Revolutionäre die beiden Soldaten gefesselt. Vier ihnen zu Hilfe eilende Männer wurden gleichfalls beschossen und schwer verletzt. Nach diesen Ereignissen kam es zu einem Kampf in den Bergen, der bis gegen 4 Uhr morgens dauerte. Es wurden dabei fünf der Revolutionäre getötet, 27 verhaftet.

Paris, 10. November. Ueber den weiteren Verlauf der revolutionären Aufstandsbewegung in Spanien liegen bis zur Zeit keine verbürgten Angaben vor. Die Blätter melden, daß 27 Anarchisten, die nach blutigem Kampfe bei Vera der spanischen Grenzpolizei in die Hände liefen, vor ein Kriegsgericht gestellt und standrechtlich erschossen werden sollen. Gestern Abend wurden zwei weitere Revolutionäre verhaftet. Von offizieller spanischer Seite wurde von der Lage eine Darstellung gegeben, die den Eindruck erweckt, als ob es sich um zusammenhanglose anarchische Anschläge handelt. Diese Regierungserklärung findet hier nur geringen Glauben. Bezeichnend ist, daß die spanische Regierung Gendarmereibteilungen zur Verstärkung der Grenzpolizei abgeordnet hat. Vorläufig läßt nichts darauf schließen, daß die Bewegung gegen die Monarchie gerichtet ist, obgleich Basco-Bonaz, der bekannte Schriftsteller, in einem in Paris erscheinenden amerikanischen Blatt erklärt hat, daß er mit seinem Feldzug zur Ausrufung der Republik in Spanien am 1. November beginnen werde. Er wird sein Vermögen opfern, fügt er hinzu, um mit anderen Personen zusammen den Umsturz der Monarchie herbeizuführen.

Meuterei in Barcelona

Paris, 10. November. Das französische Blatt „Independence“ meldet, daß nach einem Telegramm aus Barcelona ein Pionierregiment in der Stadt gemutert hat. Der Gouverneur von Barcelona hat gestern Truppen zusammengezogen und die Kaserne der Meuterer umstellen lassen.

Paris, 10. November. „Daily Mail“ veröffentlicht über den mißlungenen Putsch in Barcelona nachfolgende Einzelheiten: Die Verschwörer hatten am Donnerstag im Einverständnis mit den Artilleristen einen Angriff gegen die Artilleriekaserne von Atoraganas geplant. Die Polizei bekam oer Kenntnis von dem Vorhaben. Fünf Personen, die mit Bomben und automatischen Pistolen bewaffnet waren, wurden festgenommen. Zwei der Artilleristen leisteten heftigen Widerstand, wobei ein Polizist getötet wurde. Die beiden Artilleristen wurden zum Tode verurteilt und beim Morgengrauen erschossen und außerdem erfolgten noch sieben weitere Verhaftungen. Die Stadt selbst ist ruhig.

züge, letztere auf den Vorkastreden. Der Streik erstreckt sich nur auf das Personal der Bundesbahnen, nicht der Privatbahnen in Oesterreich. Wesentlich neuer Verhandlungen nimmt die Generaldirektion der Bundesbahnen eine abwartende Haltung ein. Dagegen finden mit Vertretern der Gewerkschaften Besprechungen über Sicherstellung der Lebensmitteltransporte für Wien und andere Städte statt. Diese Verhandlungen sollen sich recht schwierig gestalten. Am Dienstag nachmittag um 3 Uhr findet eine Sitzung des Nationalrates statt, in der der Präsident dem Hause Mitteilung von dem Rücktritt der Regierung machen wird. Zu diesem Zweck sind Züge sichergestellt worden, um die Abgeordneten aus der Provinz nach Wien zu bringen. Im allgemeinen nimmt man an, daß der Eisenbahnerstreik längere Zeit dauern wird. Man glaubt, daß der Versuch gemacht werden soll, ein Kabinett durch den Nationalrat wählen zu lassen. Jedoch hätte ein Beamtenkabinett wahrscheinlich keinerlei Aussicht, die Schwierigkeiten beseitigen zu können. Vielmehr wird der frühere Bundeskanzler und jetzige Polizeipräsident von Wien Schöber als kommende Mann genannt.



Dr. Seipel.

Verkehr zwischen Deutschland-Oesterreich unterbrochen.

Von der Reichsbahndirektion München wird mitgeteilt, daß infolge des Eisenbahnerstreiks in Oesterreich die deutschen Personen- und Schnellzüge nur bis zu und ab den Grenzstationen Ruffstein, Salzburg, Simbach, Mittenwald und Griesen verkehren. Die direkten Wagen, die nach Oesterreich entfallen, sowie die Orientexpresszüge 62/63 verkehren zunächst ab Sonntag, den 9. November, nur zwischen Paris (Catalis) und Salzburg. Auch die norddeutschen Verbindungen von Berlin usw. nach Oesterreich sind unterbrochen.

Die Gründe des Rücktritts der österreichischen Regierung.

Berlin, 9. November. Zu dem Rücktritt der österreichischen Regierung verlaute aus österreichischen Kreisen Berlins, daß es sich dabei um eine Krisisprobe zwischen der Regierung und der Sozialdemokratie bezw. den Gewerkschaften handelt. Das Zielobjekt in Höhe von einer Million Goldkronen fällt nicht so sehr ins Gewicht wie die Frage, ob sich die Regierung dem Fehler der Gewerkschaften beugen muß oder nicht. Die Vorkundungen der Eisenbahner würden zudem Forderungen anderer Berufsgruppen auslösen, denen die österreichische Regierung wegen des starken finanziellen Druckes von außen nicht nachkommen könnte. Eine Koalition von Christlich-Sozialen und Christlich-Sozialen würde wiederum die Kanzlerschaft eines christlich-Sozialen erheben, für die nur Dr. Seipel in Frage kommen kann.

Einigung über die Steuerermäßigung.

Das Ergebnis der Finanzministerkonferenz.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Der Reichsfinanzminister und die Finanzminister der Länder verständigten sich angesichts der dringenden Notwendigkeit einer sofortigen Steuererleichterung vorbehaltlich der Stellungnahme des

Reichspräsidenten auf eine Verordnung, durch die die seitens der Reichsregierung vorgesehenen Steuererleichterungen herbeigeführt werden, durch die ferner die Weiterführung der ohnehin mit Ablauf des Kalenderjahres erlöschenden Einkommensteuer in dieser nunmehr ermäßigten Form bis zu einer gesetzgeberischen Regelung gesichert und durch die endlich seitens des Reiches bis Ablauf des Rechnungsjahres eine Gewähr dafür übernommen wird, daß die die Grundlage der Länderhaushalte bildenden Überweisungen von Anteilen an Reichssteuern in den vier Monaten Dezember 1924 bis März 1925 nicht unter den Monatsdurchschnitt der beiden Monate August und September 1924 sinken. Die Länderregierungen erklärten, daß sie, soweit dies mit der Ausgleichung der Haushalte der einzelnen Länder nur irgend vereinbar ist, von sich aus eine Senkung von Ländereinkommen mit unächster Befehlsmöglichkeit vornehmen und entsprechend auf die Gemeinden nachdrücklich einwirken würden. Im einzelnen wird zum

Ausmaß der beabsichtigten Steuerermäßigung

noch mitgeteilt: Die Umsatzsteuer wird von 2 auf 1½ % herabgesetzt. Bei der Einkommensteuer treten weitgehende Erleichterungen für die minderbemittelten Lohn- und Gehaltsempfänger ein. Die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer in Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie werden mit Wirkung vom 1. Dezember 1924 um 25 % gesenkt. Die Herabminderung der Umsatzsteuer tritt am 1. Januar des nächsten Jahres in Kraft. Gleichzeitig auch eine Herabsetzung der sogenannten Luxussteuer von 15 auf 10 %. Die Länder haben sich ihrerseits verpflichtet, die Gewerbesteuern entsprechend zu ermäßigen und die Gemeinden zu veranlassen, die Gebühren der verschiedensten Art, vor allem für Gas, Wasser und Elektrizität herabzusetzen.

Auflösung des Landtages abgelehnt.

Dresden, 9. November. Der deutsch-nationale Antrag auf Auflösung des Landtages, ebenso ein Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen das Kabinett Seibel wurden abgelehnt, weil im letzten Augenblick die Deutsche Volkspartei sich gegen die Anträge wandte.

Der Sächsische Landtag nahm heute nachmittag 1 Uhr nach längerer Sommerpause seine Beratungen wieder auf, und zwar unter der Leitung von Präsident Winkler. Das Haus war vollbesetzt und die Tribünen zeigten nur wenige Lücken. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Präsident Winkler des Ablebens des sozialdemokratischen Abgeordneten Sachs und des Redakteurs Hennig, die beide im Interesse des Hauses und des Volkes gearbeitet hätten. Auch dem in den Rubensland getretenen Landtagsdirektor Holst Kraus widmete er Worte des Dankes. Dann trat sofort die kommunistische Fraktion in Tätigkeit. Abg. Böcker beantragte eine Umstellung der Tagesordnung und Behandlung des Amnestieantrages und des Verbotes der Verhaftung kommunistischer Abgeordneter nach der Land-